

Weltkrieg: Vereinigung politischer Gefangener appelliert an deutsche Regierung - „Abbau des letzten Relikts dem Weg der Versöhnung“

Deutsche Rente für belgische Nazi-Kämpfer

Heute, 71 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, zahlt die deutsche Bundesregierung noch stets Pensionen an ehemalige belgische Nazi-Kollaborateure, einst Mitglieder der Waffen-SS, die nach dem Krieg durch die belgische Justiz verurteilt worden waren. Dies prangert die „Groupe Mémoire“, eine Vereinigung von KZ-Überlebenden, an.

AUS BRÜSSEL BERICHTET
GERD ZEIMERS

Die belgische „Groupe Memoire/Groep Herinnering“, die 1993 von den früheren Widerstandskämpfern und KZ-Häftlingen Arthur Haulot und Paul Halter ins Leben gerufen wurde, setzt sich ein für Menschenrechte und bekämpft jegliche Form von Totalitarismus. Es ist nicht das erste Mal, dass die Vereinigung die Entschädigungen und Renten anprangert, die militärische Kollaborateure in Belgien noch stets von der deutschen Bundesregierung erhalten. Unter ihnen befinden sich auch ehemalige Mitglieder der Waffen-SS, die nach dem Krieg von der belgischen Justiz verurteilt wurden. Die Entrüstung darüber ist bei den früheren politischen Gefangenen umso grö-

ßer, seitdem sie wissen, dass Berlin sich weigert, Auskunft über die Höhe der Beträge und die Begünstigten zu geben. 2012 ging es um 2.500 Personen - sechs Prozent der 39.000 belgischen Kollaborateure (26.000 Flamen und 13.000 Wallonen). Zur Klarstellung: Es geht hier nicht um die 8.500 Zwangssoldaten aus Eupen-Malmedy.

Hohe Besteuerung der spärlichen Kriegsrenten für Zwangsarbeiter

„Das ist Steuerbetrug“, behauptet Yves Louis, Vizepräsident der Vereinigung, ohne Umschweife. Der Forscher Alvin De Coninck, Sohn eines flämischen Widerstandskämpfers, klärt auf: „Es ist unbegreiflich, dass sich die deutsche Regierung weiterhin hinter formellen rechtlichen Argumenten versteckt oder sich einfach weigert, dem Nachbarland Belgien diese Informationen zukommen zu lassen. Die ausbezahlten Beträge werden somit in Belgien nicht besteuert bzw. haben keine Verminderung belgischer Bezüge zur Folge, wie dies bei anderen Kriegsentschädigungen und -renten der Fall ist.“

1941 erhielten die westlichen militärischen Kollaborateure



Léon Degrelle, Führer der belgischen Rexisten und Offizier der Waffen-SS, gründete die „Wallonische Legion“, die der deutschen Wehrmacht unterstellt war. Foto: Photo News

von Hitler die Gelegenheit, die deutsche Nationalität anzunehmen. Die deutsche Regierung versteckte sich hinter dieses Hitler-Dekret, um keine Informationen über ihre ‚Landsleute‘ an eine ‚fremde Macht‘ - in diesem Fall Belgien - weiterzugeben, führt De Coninck aus. „Auf den Hinweis, dass europäische Staaten aufgrund eines europäischen Gesetzes verpflichtet sind, sich gegenseitig über die Renten zu in-

formieren, die sie ihren jeweiligen Bürgern zahlen, meinte Berlin, dass diese Verpflichtung nur für private und nicht für militärische Bezüge gelte.“ In einer ARD-Panorama-Sendung aus den 90er Jahren hieß es, das Deutsche Rote Kreuz werde eingeschaltet, um in „schwierigen Fällen Vergütungen an verurteilte Kriegsverbrecher auszuführen“. Im Kontrast zu den Vergütungen von Kollaborateu-

ren - die Rede ist von 425 bis 1.275 Euro pro Monat - stehen die spärlichen Kriegsrenten ehemaliger belgischer Zwangsarbeiter - meist zwischen 40 und 60 Euro -, auf die die Bundesregierung im Jahr 2010 zudem eine hohe Besteuerung (rückwirkend ab 2005) beschloss. Berlin sagte zwar im Nachhinein zu, die anerkannten belgischen Opfer des Nationalsozialismus „wohlwollend“ zu behandeln,

„aber das zuständige Finanzamt in Neubrandenburg musste Dossiers beurteilen, ohne über eine gesetzliche Grundlage zu verfügen, um den anerkannten belgischen Opfern eine steuerliche Freistellung zu geben“, so De Coninck. „Heute sind noch nicht alle Dossiers abgeschlossen. Es besteht keine Rechtssicherheit. Das gilt auch für betroffene Ostbelgier.“ Obwohl alle Hitler-Dokumente bei der Potsdamer Konferenz von den Alliierten annulliert wurden, erkenne die deutsche Regierung noch immer nicht die Beschlüsse dieser Dreimächtekonferenz an. Das sei eines der Grundprobleme, betont De Coninck. „Es wird Zeit, dass die deutsche Regierung in dieser gesamten Problematik endlich alle Karten auf den Tisch legt.“ Aus diesem Grund wünscht sich die „Groupe Mémoire“ die Einsetzung einer gemischten Kommission aus deutschen und belgischen Wissenschaftlern, die diese Angelegenheit untersuchen soll. „Wir können uns nur schwer vorstellen, dass sich die heutige demokratische Regierung der Bundesrepublik weiterhin weigern sollte, sich am Abbau des letzten Relikts des Zweiten Weltkriegs zu beteiligen. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Versöhnung der Herzen und Gemüter im neuen demokratischen Europa.“